

Mr. Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
postamtlicher Zustellung 2.75 M., durch
die Post 3.25 M., auswärts Aufschlag
für die Post. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Alle amtlichen Zeitungs-Bestellungen
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
sind unterlangt eingehende Manuskripte
bleiben ohne Gewähr überkommen.
Redaktion und Druckerei:
„Saale-Dr.“, Halle.
Verleger: der Zeitung Nr. 2535; bei
Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176;
Verlags-Verwaltung (Markt 24) Nr. 2266.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Werden die Spaltenpreise oder beim
Kauf mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle von unten Kaufpreisen durch
alle Anzeigen-Erpeditionen abge-
nommen. Werben die Zeile 75 Pf.
Erstein höchstens fünfmal;
Sonntag und Montag einmal,
sonst zweimal täglich.
Schiffverleiher und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, G. Braunhofsstraße 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 355.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 1. August

1905.

Die Ostseefrage.

Am die Nacht mit dem bevorstehenden Besuch eines großen
englischen Geschwaders in der Ostsee werden von den
Engländern allerlei Erörterungen geführt, die in der Haupt-
sache einer gewissen Beunruhigung Ausdruck verleihen.
Diese Beunruhigung stellt sich vorwiegend dar als der
Ausfluss der Mißstimmung, die in Deutschland sich neuer-
dings wieder einmal in verstärktem Maße gegen England
richtet und die zu einem guten Teil aus dem neuerlich von
dort ausgehenden Bedrohungen täglich frische Nahrung
zieht. Große Freundschaft Deutschland gegenüber hat
die englische Presse niemals gezeigt, und wenn sie jetzt in
besonders gereizter Weise sich gebärdet, so nimmt man wohl
nicht mit Unrecht an, daß dem tieferen Ursachen zugrunde
liegen. Seit dem Kaiserbesuche in Tanger — das kann
man ziemlich sicher nachweisen — und seinen verschiede-
nen Folgen, zu denen auch der Sturz des Herrn Delcassé
von dem Hofen als französischer Minister des Auswärtigen
gehört, weht es von London aus stark zu uns herüber;
noch schärfer seit dem jüngsten Kaiserbesuch in Björkö. Es
ist das Gefühl der Vereinstimmung und Entfremdung, das
große und kleine Politiker seit diesen beiden Kaiserbesuchen
erfaßt, die Unzufriedenheit, mit der sie in den Dingen gegenüber-
einander stehen, die ihnen überausdend kommen und ihren Absichten
zueinanderlaufen.

Auch die Verjüngung der deutschen Flotte erweckt anfangs
naheliegender, denn diesem Flottenbesuch wäre zweifellos der
Charakter einer Demonstration beizulegen, hätte er den
in Ostsee deutschen Flotten allein gegolten. Nun aber ist
bald bekannt geworden, daß das Geschwader nicht allein
dänische und schwedische Häfen berührt, sondern auch
Eismeerküste und Neufundland. Es handelt sich dabei um
ein englisches Geschwader, wie ein solches in ähnlicher Größe
seit einem halben Jahrhundert nicht nach der Ostsee gekommen
ist: elf Schlachtschiffe und fünf Panzerkreuzer stark wird
dieses Flotte sein. Was aber will dieses mächtige Geschwader,
dessen Umfang über den bei einem einfachen Besuch lächeln
hinweggeht? Wozu stellt es Leubingen in der Ostsee an,
da es doch näher liegt, flöße in einem heimischen Hafen
von dortiger Basis aus vorzuziehen? Will das Geschwader
etwa unter dem Deckmantel von Leubingen die Zufahrtsver-
hältnisse zur Ostsee, die dortigen Küsteneinrichtungen, die ver-
schiedenen Häfen und deren Befestigungen erkunden? Man
kann derartiger von übermäßiger Verjüngung dillitieren Fragen
nur entgegenhalten, daß den Engländern das Recht durchaus
zusteht, ihre Leubingen auch in der Ostsee abzuhalten, da
diese ein „offenes Meer“ ist, das z. B. in keinerlei Vergleich
zu stellen ist mit einem „geschlossenen Meer“, wie etwa dem
Schwarzen Meer, das zu einem solchen auf Grund der von
den Großmächten abgeschlossenen Verträge gemacht worden
ist. Die Durchfahrt durch den Sund und die Belte nach
der Ostsee steht den Engländern ebenbürtig offen, wie feiner-
zeit den Russen, als diese ihre baltischen Geschwader nach
der Ostsee entsandten, wogegen ungeachtet weder den Russen
noch den Engländern eine Fahrt durch die Dardanellen und
den Bosporus aus oder nach dem Schwarzen Meer ge-
stattet werden konnte. Solche Flottenbesuche, die nach der
heutigen Lage der Dinge in der „offenen“ Ostsee jeder See-
macht ermöglicht sind, können eben für das „geschlossene“
Schwarze Meer nicht beanprucht werden.

Man also der englische Ostseebesuch keine große Leubungs-
sicht nach der Ostsee auf demselben Wege unternimmt, wie
fernerzeit die russischen Geschwader ihre Ausfahrten aus diesen
Gewässern, so liegen dagegen keinerlei staats- oder völker-
rechtliche Bedenken vor. Anders wäre es, wenn z. B.
Deutschland den auf kriegerischer Fahrt befindlichen Russen-
schiffen den Weg durch seinen eigenen Kaiser-Wilhelms-Kanal
gestattet und damit gewissermaßen einen Neutralitätsbruch
behalten hätte, oder wenn es den auf friedlicher Leubung
begriffenen Engländern zur Verjüngung der Ostsee aus be-
sonderer Freundschaft und Erregung diesen Weg ver-
gönnte. Um aber Kenntnis von den anderen Zufahrtswegen
nach der Ostsee zu erhalten und sie für eventuelle Fälle, etwa
bei einem Seeräuber mit Ausland, verwenden zu können,
sollen den Engländern sicher ganz andere Hilfsmittel zur
Verfügung, als eine solche umfangreiche Geschwaderreise.
Man hätte im umgekehrten Falle vielleicht mit ähnlichem
Rechte auf englischer Seite Bedenken und Vorwürfe gegen
Deutschland erheben können, als dieses bei seinen Ge-
schwaderreisen in den letzten Jahren wiederholt größere
Leubungen in englischen Gewässern der Nordsee vornehmen
und englische, schottische und irische Häfen anlaufen ließ.
Bei solchen Besuchen lernen die fremden Mannschaften in
der Regel doch nur das kennen, was man ihnen ohne
weiteren eigenen Schaden zeigen kann. Und daß es allent-
halben in Kriegshäfen sehr viele wichtigere Dinge gibt, die
dem Auge des Beobachters nicht so ohne weiteres erkennbar
sind, überdies nur sehr geübt werden können, ist bekannt
genug. Man sollte sich also gerade in dieser Hinsicht sehr
vor übertriebener Neugierlichkeit hüten und die englische Presse
nicht an Nervosität zu übertrieben suchen. Wir glauben
sogar heute schon, daß es auch bei den Besuchen der Engländer
in den deutschen Häfen an den beiderseitigen Höflichkeit,
ebenbürtig werden wird wie bei früheren Gelegenheiten und
daß dabei wiederum ausdrücklich die „friedlichen Absichten“
und „beiderseitigen Freundschaften“ wieder einmal stark
betont werden.

Fremd allem aber kann dem Geschwaderbesuch etwas von
dem Charakter einer politischen Kundgebung nicht ganz
abgesprochen werden. Die Ostsee ist unserm Kaiser fast
nach den Zusammenstößen mit dem König von Schweden,

dem Jaren und nun auch mit dem König von Dänemark,
also mit den Herrschern aller an der Ostsee interessierten
Mächte, einen starken politischen Anstrich bekommen. Man
wundert wohl drüben in England, daß dabei besondere Ab-
machungen wegen des Schutzes der Ostsee getroffen wurden
oder werden. Man meldet sich daher beizusetzen, um so
sicherzustellen, daß man nicht auch noch da ist, um gegebenenfalls
mit dreinzureden. Es muß aber entgegen allen englischen
auch in Deutschland nachdringenden Befürchtungen immer
wieder darauf hingewiesen werden, daß es sich bei
den Besuchen unserer Kaiserflotte um ausschließlich persönliche,
rein private Angelegenheiten handelt, daß dabei vor allem
keinerlei bindende politische Abmachungen getroffen wurden,
wie ja schon aus der Tatsache hervorgeht, daß weder der
Reichskanzler noch ein Minister den Kaiser begleitet. Die
englische Befürchtung und der auch von einzelnen deutschen
Blättern geäußerte Wunsch aber, die Ostsee zu einem
„geschlossenen Meer“ zu machen, erscheinen heute durchaus
unverhältnißmäßig, da Bestimmungen hierüber alsbald nicht von
der englischen Diplomatie allein angeordnet würden. Und
es wagen dieser Frage auf eine Verjüngung der gegen-
seitigen Beziehungen antworten zu lassen, dazu hat Deutsch-
land als Schlichter des Friedens wahrlich keinen Grund.
Für uns ist diese ganze Frage überhaupt schon lange seit
von dem Kaiser Wilhelm-Royal beizusetzen, zu einer
nebenläufigeren geworden. Deutschland ist heute jederzeit
in der Lage, seine Geschwader in der Nordsee oder Ostsee
je nach Bedarf auf diesem Wege zu verkehren, falls es sie
erforderlich werden sollte. Wenn heute wieder einmal
drüben und vereinzelt auch hien hier mit dem Sichel gefaselt
würde, so sollte man sich dadurch nicht allzu sehr beunruhigen
lassen; auch der englische Geschwaderbesuch in der Ostsee
wird den europäischen Frieden nicht erschüttern trotz allen
Geschrei, das darüber erhaben wird. H.

Deutsches Reich.

Sold- und Personalnachrichten.

— Unschlüssig des festesten Todesfalls des Fürsten Vik-
maria fand gestern im Mausoleum zu Friedrichsruhe, wie all-
jährlich, eine einfache Beerdigung statt. Die Fürstin Herbert
Wismar und deren Kinder legten Kränzen ab am Carlshagen
hinter, daran schloß sich ein Gottesdienst, an dem die fürstliche
Familie, die Angehörigen des fürstlichen Hauses sowie viele Ein-
wohner von Friedrichsruhe teilnahmen. Von nah und fern
waren prachtvolle Kränzen eingegangen.

Die Kaiserfahrt nach Kopenhagen.

Der Kaiser verließ am Sonntag nachmittag, wie aus
Hörmann (Worms) gemeldet wird, an Bord „die Hohenzollern“
ging durch das Ostsee, das in doppelter Kiellinie lag, in
See. Später brach ein lang andauerndes wolkiges Wetter
aus. Am Bord ist alles wohl.

Der Kaiser und der Jar.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt über die jüngste Zusammen-
kunft des Kaisers und des Jaren: Seit einer Reihe von Jahren
hat sich die auf dem freundschaftlichen persönlichen Verhältnis
der beiden Herrscher zu einander, sowie auf den freundschaftlichen
Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland beruhende
Gefühlsgenauigkeit herausgebildet, daß Kaiser Wilhelm und Kaiser
Nikolaus nicht alljährlich einander persönlich besuchen können.
Nebenbei die Fahrt des deutschen Kaisers durch die Ostsee
in unsern Nordsee in die Nähe der russischen Gewässer geführt
hätte, lag beiden Herrschern der Wunsch nahe, nach
beiderseitiger Unterbrechung einander persönlich zu
begegnen. Wie bei solchen Anlässen üblich, haben ausländische
Blätter an die Zusammenkunft mehr oder minder phantasievolle
Kommentare geknüpft, von denen die „Nordd. Allg. Ztg.“ die
Betrachtungen über die Kaiserzusammenkunft gewinnende Worte
des „Pariser Temps“ gefolgt haben: „On ne parle
jamais si facilement de ces choses que l'on ignore.“ hätte man
sich bemüht, auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben, so würde
man wohl den größten Teil des in Bewegung gesetzten journalis-
tischen Apparates bestreift haben. Ein russisches Blatt,
die „Novoje Wremja“ enthält die politische Bedeutung der Be-
gegnung mit Recht in der Befestigung der freundschaftlichen
Beziehungen zwischen den Herrschern
Deutschlands und Rußlands und zwischen ihren Völkern,
einer Tatsache, die den aufrichtigen Freunden des Friedens nur
sympathisch sein kann.

Die neuen Tarifverträge.

Zu den dankenswerten Neuerungen der neuen Verträge gehört
die Bestimmung, daß Meinungsverschiedenheiten über die Aus-
legung oder Anwendung der Vertragsbestimmungen auf schieds-
richterlichem Wege angetragen werden können. Diese Neuerung,
so schreibt die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen,
wird offensichtlich dazu beitragen, die Wahrung unserer Rechte
aus den Handelsverträgen einen sicheren Boden zu schaffen und
den durch unsere der widerwärtigen Forderungen bedingten
Differenzen zu heilen. Belgien hat beizusetzen für die
bedeutendste ausländische Zollfreiheit angeboten. Diese Verein-
barung wäre ganz klar und zweifellos, wenn nicht ein zweiter
Weg derselben Tarifposition lithographische, chromolitho-
graphische usw. Drucke oder andere Beizusetzen aus
Belgien Zollfreiheit machte. Sowohl die Zollfreiheit von
Belgien als die Zollfreiheit von Chromolithographen sind
in den Verträgen enthalten. Nun sind aber Drucke nicht
andere als Chromolithographen oder mehrfache Lithographen,
und ihre Zollfreiheit erweist in Frage gestellt, wenn derlei
Gegenstand unter zwei verschiedenen Benennungen
im Tarif einmal als Zollfrei, ein anderes Mal als Zoll-
pflichtig angesetzt wird. In solchen Fällen wäre es das
Beste, wenn der Art der Verträge nachträglich durch einige
die Zollfreiheit von Drucke und Lithographen garantiert
Bemerkungen ergänzt werden könnte. Eine derartige periodische
Ergänzung müßte neben der Beseitigung der Schiedsrichterliche
Bemerkungen, dem öffentlichen Unterdiensten und Widerspruch werden
sich immer nachträglich in größerer Zahl herausstellen trotz aller

Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit der Unterhändler bei der
Formulierung der vertragsrechtlichen Bestimmungen.
Es ist bezeichnend, daß eine ähnliche Unklarheit bezüglich der
Zollbehandlung von Lithographen sich auch in den neuen
Belgien-österreichischen Handelsvertrag eingelassen hat.
Nun hier ist zu befürchten, daß die vertragsmäßig an-
geordnete Zollfreiheit für gewisse Drucke, die in Belgien
Verfertigung auf eine andere Position wieder übertragen
werden kann. Die Unklarheit bestand auch schon im alten Ver-
trag und wurde von der österreichischen Zollverwaltung zur
Benachteiligung des belgischen Exports ausgenutzt.

Sächsischer Industrie und amerikanischer Handel.

Der Verband sächsischer Industrieller hat auf Grund
des ihm von seinen Mitgliedern aus den verschiedensten Kreisen
gestellter umfangreichen Material in bezug der Anwendung
der handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten
von Nordamerika neuerdings eine vierthe, die Wünsche und Be-
schwerden aller interessierten industriellen Gruppen umfassende
Erklärung an die Reichsregierung und das sächsische Ministerium
des Innern gerichtet.

Das Telephon und der „keine Mann“.

In den rheinischen Städten glaubt man nachweisen zu können,
das Telephon ist doch lange nicht so in den Dienst des Verkehrs
gestellt, wie man wünschen möchte. Allerdings, so sagt die
„Bommer Zeitung“, liegt dem deutschen Telephon so manches,
was zu seiner wahren Popularisierung dienen könnte. Im
Vergleich mit Schweden müssen die z. B. bekannten, Deutschland
habe weit nach. Westlich kommt es in unserer Zeit der
Verbreitung, das zu einer so gewichtigen Verbesserung der Ge-
schäftsbeziehungen und im Zusammenhang damit zu einer ge-
rechteren Beförderung der Geschäfte, daß auch der kleinere Ge-
schäftsraum und das Privatleben ein Telephon nutzen können.
Denke ich die Vermessung der Geschäfte ein durchaus mechanische
Fremde, die mit ihrem Vorherrschaft täglich vielleicht 100 Gebräuche
abwickeln, zum Nachteil der übrigen Wirtschaft, sollen diese
Gebräuche wie andere mit nur 5 bis 10 Gebräuchen. Es sollte
doch wirklich nicht schwer fallen, durch einen künftigen Aus-
gleich der Kosten der allgemeinen Benutzung zu fördern. Der
Kleinverbraucher wird ohnehin schon reichlich durch die Wohl-
betriebe an die Wand gedrückt. Daß das Telephon diese Wohl-
schicklich belegen würde, ist schon zu denken, nicht zu sagen,
mit Recht. Mit Recht, wie der Staatssekretär des
Innens und Reichens Handwerksstellen sollten die Kommunen für
billige elektrische Kraft liegen. Dem Staate resp. dem Netze
müßten entsprechende Nachbarn am Saaten liegen. Auch hier
es: Doppelt gibt, wird nicht gibt.

Der sächsisch-thüringische Tarifvertrag.

Gestern ist in Weimar, Glandau, Meißner, Weimar, Gera,
Görlitz und Weida die Ausarbeitung von über 11,000 Tarifver-
einbarungen erfolgt. Die Haltung der Arbeitgeber ist wäh-
rend der sächsisch-thüringischen Beizusetzen über die Betriebe
nicht, sondern kundig am Freitag mit Klägern fertig.

Der Kammer-Zwischenfall.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Nach einer jetzt eingegangenen
einen amtlichen Meldung aus Kamerun über den Besuch
an der deutsch-französischen Grenze im Südosten des Grenz-
gebietes ist die deutsche Postreise in Missionen von Senegal
aus in der Richtung aufgehoben und bekannt worden. Der
Chef des Grenzschutzs, Hauptmann Schumann, der sich zur
Zeit in dem sächsischen Teil seines Bezirks aufhält, wurde
seinem Einmarsch in Missionen-Missionen befohlen. Bei der An-
reise wurden 3 Angreifer getötet und 4 gefangen genommen.
Der Gouverneur von Kamerun sandte nach dem Eintreffen
dieser Nachricht den Kommandeur der sächsischen Schutztruppe,
Oberst Müller, zur Einleitung eines Protestes und zur
Regelung der Angelegenheit nach Gabun ab, dem Sitz des
französischen Gouverneurs, und legte sich gleichzeitig mit dem
Generalgouverneur des Congo Franzos in Brazzaville in
Verbindung. Dieser schlug die baldige Entsendung einer Grenz-
kommission an Ort und Stelle vor. Der Gouverneur von
Kamerun erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden, um
weiteren Grenzreitigkeiten vorzubeugen.

Handel und Gewerbe.

— Infolge des Unglücks auf See „Dorussia“ beantragt
der Minister laut der „Mittl. Weltl. Zeitung“ die Vergebung,
sämtliche Schiffe auf ihre Seife zu prüfen.
Die Untersuchungen haben begonnen.

Arbeiterbewegung.

— Am Sonntag fanden im Ruhrgebiet zahlreiche Verga-
rbeiterverfammlungen statt, veranstaltet vom christlichen
und vom alten Verband. Der neue Verbandsrat des christlichen
Gewerkschafts, Köster-Gen., reorganisiert die Arbeiterbewegung
Wirtschaft und fordert zur Stärkung des Verbandszusammenhangs auf,
die Stunde der Abrechnung mit den Verbänden zu
kommen werde. Die Verammlung erklärte sich mit den Be-
schlüssen der Generalversammlung in einer Resolution ein-
verstanden und beschloß einen künftigen Ausbau der Organisation.

Ausland.

Die Lage in Ungarn.
Die Sozialdemokraten rufen die Forderung des allgemeinen
Wahlrechts in den Vordergrund der politischen Tagesfragen und
sollen sich dadurch in demjenigen Gegenstand zur Koalition, die
weiterhin an der überwiegenen Bedeutung der Armen-
forderungen festhält. Bedeutend sozialdemokratische Arbeiter
stellen am Sonntag eine Weltversammlung ab, die zu Gunsten
des allgemeinen Wahlrechts demonstrierte. Die Koalition wurde
dann angegriffen, und die Verammlung beschloß, nach dem
„Weltl.“, sie aufzulösen, die Arbeiterbewegung, deren Er-
füllung sich ausschloß, solle zu lösen und die Durch-
führung des allgemeinen Wahlrechts zu bewerkstelligen, da sonst
die Arbeiterkraft die Koalition betäupen werde. Die
Koalition wird es nicht leicht werden, in ihrem Kampf

